

Nr. 18/1114

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Antrag der Fraktion der CDU vom 2. Oktober 2012
(Drucksache [18/588](#))
2. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 15. Mai 2014
(Drucksache [18/1398](#))
3. Neue Perspektiven zur Verhinderung von Jugendkriminalität
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. August 2014
(Drucksache [18/1525](#))
4. Auswirkungen der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA auf das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. September 2014
(Drucksache [18/1542](#))
5. Öffentlich zugängliche Defibrillatoren retten Leben!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. September 2014
(Drucksache [18/1566](#))
6. Ganztagschulen im Land Bremen: Ausbaustand, Qualität und Weiterentwicklung des Ganztags
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Oktober 2014
(Drucksache [18/1567](#))

Nr. 18/1115

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU, des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD, des Abgeordneten Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Föderalismus stärken – Bund-Länder-Finanzbeziehungen zukunftssicher gestalten“.

Nr. 18/1116

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 20. Oktober 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Konsequenzen aus den aktuellen Nahrungsmittelskandalen ziehen
Mitteilung des Senats vom 16. September 2014
(Drucksache [18/1548](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Anerkennung von Assistenzhunden
Mitteilung des Senats vom 16. September 2014
(Drucksache [18/1549](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Preiskampf im Lebensmittelbereich stärker bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 23. September 2014
(Drucksache [18/1559](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014
(Drucksache [18/1476](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
5. Normenkontrollantrag der Länder Bayern und Hessen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich (2 BvF 1/13); Zweite Stellungnahme der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 23. September 2014
(Drucksache [18/1568](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Bremischen Justizkostengesetzes
Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2014
(Drucksache [18/1415](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Bremischen Justizkostengesetzes
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 7. Oktober 2014
(Drucksache [18/1571](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.
8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Spielhallengesetzes und des Bremischen Abgabengesetzes
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Oktober 2014
(Drucksache [18/1577](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

9. Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V.

Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 2014
(Drucksache [18/1582](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. zu.

10. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 31
vom 15. Oktober 2014

(Drucksache [18/1587](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/1117

Gesetz zur Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 21. Oktober 2014

(Drucksache [18/1598](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/1118

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 2014

(Drucksache [18/1581](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/1119

Mittlerückfluss und Umwidmung in Verwaltungskosten bei Jobcentern stoppen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Oktober 2014

(Drucksache [18/1572](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1120

Auskömmliche Budgets und Planungssicherheit für Jobcenter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Oktober 2014

(Drucksache [18/1603](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die Forderungen der Arbeits- und Sozialminister aller Länder vom November 2013 und bittet den Senat, sich nachdrücklich für die rasche Umsetzung der gefassten Beschlüsse einzusetzen. Im Sinne aller Betroffenen muss schnellstmöglich erreicht werden, dass die Bundesregierung

1. für einen ausreichenden Haushaltsansatz bei den Eingliederungsmitteln sorgt,

2. die Übertragung nicht verausgabter Eingliederungsmittel insbesondere der Jobcenter ermöglicht,
3. allen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende zuständigen Jobcentern auskömmliche Verwaltungskostenbudgets zur Verfügung stellt,
4. eine ausreichende Budgetvorbelastungsquote bzw. höhere Verpflichtungsermächtigungen ermöglicht, um die überjährige Planungssicherheit der Jobcenter zu gewährleisten und die Bewirtschaftung der Eingliederungsmittel vor Ort zu erleichtern sowie
5. Überbuchen und Wartelisten für solche Maßnahmen ermöglicht, die die definierte Zahl der Teilnehmenden wegen Nichtantritten, Fehlzeiten und Abbrüchen regelmäßig nicht erreichen.

Nr. 18/1121

Keine Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Oktober 2014
(Drucksache [18/1586](#))

D a z u

Flüchtlinge gerechter auf EU- und Bundesländer verteilen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 22. Oktober 2014
(Drucksache [18/1604](#))

u n d

Für eine humane europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Oktober 2014
(Drucksache [18/1605](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluss vom 11. November 2013 (Drs. 18/1119), worin sie den Senat aufforderte, in den Organen des Bundes und der Europäischen Union für eine humane europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik einzutreten und dabei besonders folgende Punkte in den Mittelpunkt zu stellen:
 - a) Oberste Priorität für die nationalen und europäischen Institutionen der Grenzsicherung muss der Schutz von Leib und Leben der Flüchtlinge haben. Alle Rechtsvorschriften, nach denen Menschen, die Flüchtlingen auf See zu Hilfe kommen, bestraft werden, müssen geändert werden.
 - b) Asylsuchenden muss ein sicherer und fairer Zugang zum Asylsystem der Europäischen Union gewährt werden. Der völkerrechtliche Grundsatz der Nichtzurückweisung muss beachtet werden. Kein Flüchtlingsboot darf zur Umkehr gezwungen werden!
 - c) Die Verantwortung für die Gewährung von Asyl muss in Europa gemeinsam getragen werden; Staaten, in deren Hoheitsgebiet etwa die auf See geretteten Personen an Land gehen, fällt nicht automatisch die alleinige Verantwortung zu. Das Abkommen von Dublin muss grundlegend geändert werden, vorrangig durch Einführung einer Klausel für Mechanismen solidarischen Ausgleichs zwischen den Mitgliedstaaten.
 - d) Die Länder und Kommunen dürfen zugleich aber nicht mit den Kosten, die aus verstärktem Zuzug von Flüchtlingen resultieren, allein gelassen werden. Die EU und der Bund müssen sich hier beteiligen, gegebenenfalls auch im Rahmen eines solidarischen Ausgleichssystems innerhalb Europas.

- e) Das bestehende, aber selten angewendete Instrument des humanitären Visums sollte stärker genutzt werden.
 - f) Die Möglichkeiten legaler, gegebenenfalls auch temporärer Migration in die EU müssen ausgeweitet werden.
 - g) Ausrichtung und Steuerung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) und der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) müssen auf die Ziele einer humanitären Flüchtlingspolitik ausgerichtet und unter die parlamentarische Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden.
 - h) Die EU und ihre Mitgliedstaaten bleiben aufgerufen, sich für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern einzusetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung von EU-Exportsubventionen für Lebensmittel, die die dortige, heimische Landwirtschaft ruinieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass sich der Senat auf Bundesebene für eine gerechtere Verteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge einsetzt.

Nr. 18/1122

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2014

(Drucksache [18/1502](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1591.

Nr. 18/1123

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. Oktober 2014

(Drucksache [18/1591](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1124

Flüchtlinge gerechter auf EU- und Bundesländer verteilen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 21. Oktober 2014

(Drucksache [18/1595](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

